Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt" und „Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis Monatlich für Abholer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10,— Mk. das Tausend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 4 — **Dienstag, den 10. Januar 1933** — **35. Jahrg.**

Rechnungen

über Lieferungen und Leistungen für das Straßenbaudezernat sind bis spätestens Mittwoch, den 11. Jan. d. Js., einzureichen.

Kemberg, den 7. Januar 1933.

8] **Der Magistrat.**

Vor zehn Jahren an der Ruhr

Der Verfasser war während des Abwehrkampfes im Auftrage der Reichsregierung im Ruhrgebiet tätig

Am Abend des 10. Januar 1923 in Essen. Aus dem großen Saalbau strömte eine ungeheure Menschenmenge. Eine Kundgebung, wie sie Essen noch nicht gesehen hatte, war hier zustande gekommen, ungeheure Erregung lag in der Luft. Berufene Vertreter des Volkes hatten darauf hingewiesen, daß schicksalsschwere Ereignisse bevorstünden. Von Paris aus war der Einmarsch in die Ruhr angedroht worden, aber noch war er nicht Tatsache, noch war dieser Einmarsch nicht vollzogen. Gedroht hatte Poincaré schon öfter; aber diesmal war es schon fast Gewißheit, daß es Ernst werden würde. Hundert Eisenbahnzüge hatten im Raum Duisburg—Düsseldorf rund 50 000 französische und belgische Soldaten versammelt, und um diese Stunde war der Oberkommandierende, General Degoutte, bereit, den Einmarschbefehl in das Ruhrgebiet zu geben.

Nebelfeucht und dieig war das Wetter in dieser Nacht vom 10. zum 11. Januar. An allen entscheidenden Stellen im Ruhrgebiet herrschte größte Spannung. Vor dem Hause des Kohlensyndikats in Essen standen noch Lastwagen, um die letzten Akten zu bergen, da mit dem Einmarsch als mit einer unumstößlichen Gewißheit gerechnet werden mußte. Zwei Stunden nach Mitternacht klingelte das Telephon. Aus den Städten Duisburg und Düsseldorf wurde mitgeteilt, daß sich französische Truppenmassen in Bewegung gesetzt hätten. Kampfwagen-Abteilungen, Kavallerie und Radfahrer-Patrouillen an der Spitze. Wenig später kam ein zweiter Anruf; das Gebiet der Sanktionsstädte war überschritten, der Einmarsch in das Ruhrgebiet war erfolgt. Und das war geschehen vier Jahre und zwei Monate, nachdem die letzte Kugel an der Front abgeschossen war. Das war geschehen auf den Tag genau drei Jahre später, nachdem der Versailler Vertrag in Kraft getreten war.

Der preußische Ministerpräsident Braun nannte diesen Einmarsch einen Vertragsbruch, und so wurde er von der Bevölkerung des Ruhrgebiets in allen seinen Teilen empfunden, so erwuchs aus dem Volke heraus einmütig und schicksalsbereit der Wille zum Widerstand. Es kann heute gesagt werden, daß damals die Reichsregierung einen einheitlichen Abwehrplan überhaupt nicht hatte. Sie konnte ihn auch nicht haben, da man ja nicht wußte, wie der Gegner vorgehen würde, und welche Methoden er bei seinem Einbruch anwenden würde. Die Methoden der Abwehr ergaben sich von selbst, und aus der entschlossenen Abwehr heraus gab die Reichsregierung dieser Abwehr dann die Form, die Sanktionierung.

Es ist nachträglich viel darüber gestritten worden, ob dieser Abwehrkampf in der zweckmäßigsten Weise geführt worden sei, und ob der Form des passiven Widerstandes nicht noch eine Aktivierung hätte an die Seite gestellt werden müssen. Dieser Streit ist ja typisch für unsere deutsche Art, und typisch ist, daß dieser Streit leider in der bei uns üblichen Form, nämlich in Beschimpfungen, ausgeartet ist. Wer in jenen Tagen die Volkserhebung miterlebte, wer die geschlossene Abwehr sah, der wird daraus für alle Zeiten die Gewißheit genommen haben, daß in entscheidenden Stunden dieses Volk, das politisch so zerrissen ist, das heute sanatisiert ist bis zum letzten, dann einig ist und einig sein kann wenn wirklich die große Gefahr droht

Der Abwehrkampf in der Form des passiven Widerstandes hat auf die Welt den stärksten Eindruck gemacht. Trotzdem die französische Propaganda all ihre Mittel spielen ließ, hat die Welt die waffenlose Abwehr des Ruhrvolkes bewundert. Noch sehe ich die ersten französischen Truppen in Essen einmarschieren an jenem Mittag des 11. Januar. Kein Mensch war auf der Straße. Die Geschäfte waren geschlossen, die Fensterläden heruntergerollt. So ritten die französischen Reiter in die Stadt ein. Eine stumme, einmütige Abwehr machte sie unsicher. Die französischen Offiziere, die mit ihren Reitpeitschen große Siegerfiguren machen wollten, fühlten sich keineswegs wohl in ihrer Haut. Auf dem Rathausplatz in Essen hielt der französische Stab mit dem General Denuignes an der Spitze. Der damalige Reichsminister Luther — er war als Oberbürgermeister für diesen Tag nach Essen wieder zurückgekehrt — wollte seine Stadt an diesem Tage nicht allein lassen. Eine Aufforderung des Generals, unten zu erscheinen, wurde in der entsprechenden Form abgelehnt, so daß sich der General schon zum Oberbürgermeister hinauf bemühen mußte. Und so wurde die Einnahme von Essen nicht das große Heldenstück, das französische Chauvinisten erhofft hatten

Am 16. Januar war die Einmarsch-Operation zum ersten Abschluß gekommen. Offiziell wurde von den Franzosen nur davon gesprochen, daß eine aus Ingenieuren bestehende Kontrollkommission ins Ruhrgebiet entsandt worden sei zur Beaufsichtigung der Tätigkeit des Kohlensyndikats. Der militärische Einmarsch war kein Kunststück. Waffengewalt gegen diesen Einmarsch anzuwenden, war unmöglich. Das hatte auch die Reichswehr mit aller Deutlichkeit erklärt. Aber, nun begann der passive Widerstand sich auszuwirken und auszuweiten. Den Anfang machten die Eisenbahner, die nicht unter französischer Kontrolle arbeiten wollten. Massenhaft wurden Eisenbahnwagen und Lokomotiven ins unbesetzte Gebiet gebracht. Die großen Industrieverbände des Ruhrgebiets, das Kohlensyndikat eingeschlossen, hatten ihren Sitz aus dem besetzten Gebiet ins unbesetzte Gebiet noch rechtzeitig verlegen können. Der Versuch, die Arbeiter durch Versprechungen zu ködern, gelang nicht: der Gegner biß auf Watte. An den Straßenwänden klebten die Befehle der französischen Besatzungsarmee, unterzeichnet von General Degoutte. Aber daneben hatten in nächtlicher Stunde tapfere Männer den Aufruf der Arbeiter und Angestellten angebracht, in dem es hieß: „Trotz schwerer Zeiten und Stürme halten wir fest am Reich." Maschinisten und Heizer der Rheinschiffahrt legten die Arbeit nieder, ohne erst die Beschlüsse der Organisation abzuwarten. Beamte weigerten sich, den Befehlen der Besatzungsarmee nachzukommen, und der Präsident des Düsseldorfer Landesfinanzamtes, Dr Schlutius, wurde als erster verhaftet. Verhaftungen in größtem Maßstabe folgten, und im Anschluß Ausweisungen vor nahezu 100 000 Menschen.

Es ist nicht die Absicht, in diesen Zeiten alte Wunder aufzureißen. Die Zeiten Poincarés sind vorbei. Die französischen Imperialisten haben im Jahre 1923 ihre letzte große Chance, das Reich zu zerstören, verpaßt. Der Ruhrkampf mußte abgebrochen werden, nicht zuletzt unter dem furchtbaren Druck der Inflation. Heute liegt das alles hinter uns. Die Reparationsfrage ist im wesentlichen bereinigt. Die Wogen des Hasses zwischen zwei großen Völkern sind im Verebben. Die Ruhr ist frei, der Rhein ist wieder frei, und wenn man jetzt an die Zeit vor zehn Jahren zurückdenkt, so bleibt nur die traurige Erkenntnis: Wieviel früher wäre aus der Vernunft heraus die so dringend nötige Zusammenarbeit erfolgt, wenn nicht die Rheinlandbesetzung und der Ruhreinmarsch so große Hindernisse gebildet hätten! Dieser Ruhrkampf, zu dem wir gezwungen wurden, hat niemandem genützt. Uns ist unnennbares Leid zugefügt worden, und die Franzosen haben einsehen müssen, daß auf die Dauer mit Bajonetten keine Politik zu machen ist.

Druck schafft immer Gegendruck. Und das deutsche Volk wird sich stets in seiner Gesamtheit gegen jede Art von Unfreiheit zur Wehr setzen. Der unerschütterliche Freiheitswille des deutschen Volkes ist auch durch den Ruhrkampf als historisches Faktum erwiesen worden, mit dem jeder innerhalb oder außerhalb der deutschen Grenzen zu rechnen hat.

Gerekes Plan

Durchführungsbestimmungen zur Arbeitsbeschaffung.

Berlin, 8. Januar.

In den jetzt veröffentlichten Durchführungsbestimmungen zur Förderung der Arbeitsbeschaffung und der ländlichen Siedlung wird bestimmt, daß für Arbeiten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms den Trägern der Arbeit auf Antrag von der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten oder der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt ein Darlehn gewährt werden kann.

Die Arbeiten müssen für die Volkswirtschaft wertvoll sein, möglichst im Laufe des Jahres 1933 beendet werden, sich vorwiegend auf Instandsetzung, Verbesserung und Vollendung vorhandener Anlagen oder auf die Förderung der Bodenkultur erstrecken, die durch den Kapitalaufwand entstehenden Zukunftslasten rechtfertigen. Es muß festgestellt werden, daß der Träger der Arbeit nicht aus eigener finanzieller Leistungsfähigkeit in der Lage ist, die Arbeiten zu finanzieren. Ist er hierzu teilweise imstande, so kann ihm für den Rest ein entsprechendes Darlehen gewährt werden.

Die Gewährung des Darlehns erfolgt unter folgenden Voraussetzungen:

Der Träger muß in der Lage sein, die aus der Darlehnsaufnahme und der Ausführung der Arbeit entstehende zukünftige Belastung zu tragen. Die Vergebung der Arbeiten an Unternehmer ist der Ausführung in eigener Regie grundsätzlich vorzuziehen. Die Arbeiten sollen möglichst nicht freihändig vergeben, sondern ausgeschrieben werden.

Bei der Vergebung der Aufträge sind die mittleren und kleineren Betriebe ausreichend zu berücksichtigen.

Generalunternehmer sind grundsätzlich auszuschalten, soweit das nicht möglich ist, sind auch sie zu verpflichten, die Auftragssumme auf möglichst viel mittlere und kleinere Betriebe zu verteilen.

Der Gewinn des Unternehmers ist auf ein möglichst geringes Maß zu beschränken.

Alle Arbeiten sind, soweit dadurch keine wesentliche Verteuerung eintritt, durch menschliche Arbeitskraft auszuführen. Außerdeutsche Baustoffe dürfen nur dann verwendet werden, wenn geeignete inländische Baustoffe nicht vorhanden sind.

Bei Ausführung der Arbeiten müssen in weitestem Umfange Arbeitslose eingestellt werden, vornehmlich sind langfristig Erwerbslose, vor allem Kinderreiche und Familienernährer zu berücksichtigen.

Die Arbeitnehmer sind bei den Arbeiten unter den Bedingungen des freien Arbeitsvertrages zu beschäftigen; die Arbeitszeit soll 40 Stunden wöchentlich nicht überschreiten Ueber

die Darlehnsbedingungen

im einzelnen wird bestimmt, daß die Laufzeit eines Darlehns der voraussichtlichen Dauer der Arbeit angepaßt werden, jedoch 25 Jahre nicht überschreiten soll. Die Laufzeit beginnt für den Darlehnsnehmer am 1. Juli 1935. Ausnahmsweise kann der Ausschuß der Reichsregierung den Beginn der Laufzeit um ein weiteres Jahr hinausschieben. Die Zahlungen sind von dem Darlehnsnehmer in gleicher Halbjahresraten (Renten) nachträglich zu leisten. Bei einer Tilgungszeit von 20 Jahren sind 6 o 5 des ursprünglichen Darlehnsbetrages für das Jahr als Rente zu zahlen. Bei längerer oder kürzerer Tilgungszeit tritt eine entsprechende Verminderung oder Erhöhung der Rente ein. Die übrigen Lasten aus der Darlehnsgewährung trägt das Reich.

Für Anlagen, die Nutzungen in wirtschaftlich angemessener Höhe ermöglichen, hat der Darlehnsnehmer an Stelle der obengenannten Rente die vollen Zins- und Tilgungslasten zu tragen. Die Laufzeit des Darlehns beginnt in diesem Falle für den Darlehnsnehmer mit Fertigstellung der Anlage, spätestens am 1. April 1934.

Die Darlehnsanträge sind von den Trägern der Arbeit an den Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung zu richten, der die Anträge der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten oder der Deutschen Rentenbankkreditanstalt zuleitet. Sie entscheiden über die Zuteilung der Darlehen. Dem Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung steht gegen ablehnende Entscheidungen das Einspruchsrecht zu. Macht er hiervon Gebrauch, so kann er die Entscheidung des Ausschusses der Reichsregierung herbeiführen.

Die Meinung der Städte

Das Arbeitsbeschaffungsprojekt des Reichskommissars stützt sich im wesentlichen auf die direkte Erteilung öffentlicher Aufträge. Als Auftraggeber kommen, so sagen kommunalpolitische Kreise, vor allem die rund 52 000 kommunalen Gebilde in Betracht, die wir in Deutschland haben und von denen rund 50 000 kleinere Gemeinden, insbesondere Landgemeinden, darstellen.

Wenn man nun der Zahl von 52 000 die Summe von 500 Millionen gegenüberstelle, die für diese Arbeitsbeschaffungs-Aktion zurzeit zur Verfügung stände, dann ergebe sich daraus, daß der Bedarf der Kommunen an der Ausführung von Aufträgen mit der genannten Summe nicht gedeckt werden könne.

Die Beteiligung der Städte am Arbeitsbeschaffungsprogramm finde also ihre natürliche Grenze in dem Umfang der zur Verfügung stehenden Mittel.

Die Stellungnahme des Reichsstädtebundes besagt folgendes: „In den mittleren und kleineren Städten sind Möglichkeiten zur Durchführung dringend notwendiger und volkswirtschaftlich wertvoller Arbeiten ausreichend vorhanden. Diese Arbeiten mußten seit Jahren zurückgestellt werden, weil die Städte aus eigenen Mitteln sie nicht ausführen können. Andererseits sind aber die Finanzen der kleinen und Mittelstädte besonders durch die Wohlfahrtslasten so beansprucht, daß nur eine beschränkte Zahl von Städten in der Lage sein wird, von den jetzt gegebenen Möglichkeiten Gebrauch zu machen.

Im Einzelfall wird entscheidend sein, ob die Gemeinden imstande sind, die neuen Zins- und Tilgungslasten neben den bestehenden Lasten gleicher Art für die Zukunft zu übernehmen und sicherzustellen."

Preußischer Landtag am 17. Januar

Berlin, 7. Januar.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, will Präsident Kerrl den Preußischen Landtag für den 17. Januar einberufen. Die Tagesordnung hat der Präsident bisher noch nicht festgesetzt; doch kann mit Sicherheit angenommen werden, daß vor Klärung der Dinge im Reich auch im Preußenparlament wichtige politische Fragen nicht zur Debatte kommen. Danach dürfte der Landtag in seinem nächsten Sitzungsabschnitt insbesondere kaum die begonnene Kulturaussprache fortsetzen, weil bei den Schul- und Kirchenfragen politische Gegensätze sich stark zeigen könnten. Man wird sich deshalb zunächst nur mit der Erledigung der zahlreichen Ausschußanträge befassen.

Die Unterredung Schleicher—Braun

Die schon seit einigen Tagen angekündigte Besprechung des Reichskanzlers von Schleicher mit dem preußischen Ministerpräsidenten Braun hat gestern vormittag stattgefunden. Das Hauptthema der Erörterungen bildete die Frage der Behandlung des preußischen Etats vor dem Landtag.

Wenn auch von amtlicher Seite keine Mitteilung über diese Unterredung herausgegeben wird, so ist man in politischen Kreisen doch der Auffassung, daß diese Besprechung, der noch weitere folgen dürften, ganz in der Linie der Politik des Reichskanzlers gelegen hat, der um die Beilegung des Konflikts zwischen dem Reich und der alten preußischen Regierung bemüht ist.

Das Präsidium der Bremer Bürgerschaft

Bremen, 7. Januar.

Die Bürgerschaft hat den bisherigen sozialdemokratischen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819330110-11/fragment/page=0001

Vizepräsidenten Jahn mit 48 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Zum ersten Vizepräsidenten wurde der Volksparteiler Dr. Gebert zum zweiten Vizepräsidenten der Nationalsozialist Haltermann gewählt.

Russisches Luftschiff zerstört

Keine Todesopfer zu beklagen.

Kopenhagen, 7. Januar.

Nach einer Meldung aus Helsingfors ist die russische Luftflotte von einem schweren Unglück betroffen worden. Bei dem mit drei Motoren ausgerüsteten Starrluftschiff W 2 setzten während der Fahrt von Krasnorgordeis nach Leningrad die Motoren aus, so daß das Schiff vor dem Winde trieb. In der Nähe von Nowgorod zerschellte es an den Bäumen eines Waldes. Der Besatzung gelang es, rechtzeitig sich in Sicherheit zu bringen.

Das Luftschiff hatte einige Tage vor Weihnachten Moskau mit Kurs auf Leningrad verlassen, wo es an einer Flugveranstaltung teilnehmen und später stationiert werden sollte. Bei Krasnorgordeis mußte das Schiff jedoch wegen Maschinendefekts eine Notlandung vornehmen. Es startete jedoch nach Behebung des Schadens wieder zur Fahrt nach Leningrad, die zu seiner letzten werden sollte.

Paul-Boncour verteidigt seinen „Plan"

Paris, 7. Januar.

Im Kabinettsrat erklärte Ministerpräsident Paul-Boncour, er warte die Gestaltung der nächsten Tagung des Völkerbundsrats ab, um zu entscheiden, ob er nach Genf fahre. Jedenfalls gedenke er zur Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen sich nach Genf zu begeben, um den französischen Plan vorzulegen.

Coolidges Beisetzung

Zum Tode des „großen Schweigers".

Neuyork, 7. Januar.

Die Beisetzungsfeierlichkeiten für den verstorbenen Präsidenten Coolidge werden am Sonnabend im Sterbeorte Northampton (Massachusetts) abgehalten werden. Da über die eigentliche Todesursache keine volle Klarheit besteht, hat der Arzt, der Coolidge während seiner Amtstätigkeit im Weißen Hause behandelte, den Antrag gestellt, daß eine Obduktion vorgenommen werde.

Fühlungnahme Stimsons mit Roosevelt

Washington, 7. Januar.

Präsident Hoover und Staatssekretär Stimson haben sich zum Begräbnis des früheren Präsidenten Coolidge nach Northampton begeben. Auf dem Rückwege wird Stimson voraussichtlich die Reise in New York unterbrechen, um mit Roosevelt und Norman Davis die außenpolitischen Probleme Amerikas zu besprechen.

Traurige Heimkehr

Die letzte Fahrt der „Atlantique".

Le Havre, 7. Januar.

Es war wie ein Trauerzug, als fünf Schlepper mit dem rauchenden Wrack der „Atlantique" über den Kanal auf Le Havre zusteuerten. Der einst so stolze Ozeandampfer, dessen rotglühendes Trümmerwrack die mächtigen Ausmaße deutlich werden lassen, im Schlepptau von fünf gegen ihn zwergenhaft erscheinenden Schiffen. Keine Kraft mehr in ihm — ein gebrochener Riese. Langsam nur ging die Fahrt, mit kaum mehr als drei Knoten in der Stunde bewegte sich der Zug von der englischen Küste auf die französische zu.

Die Bergungsarbeiten standen unter der Leitung des Kapitäns der „Atlantique" Schoofs. Als erstes Schiff war es dem holländischen Schleppdampfer „Roode Zee" geglückt, die Verbindung mit der in Flammen stehenden „Atlantique" mit Hilfe einer sogenannten Schußleine herzustellen. Bald darauf glückte es einem zweiten holländischen Schleppdampfer derselben Unternehmung,

drei holländische Seeleute an Bord der „Atlantique"

zu bringen, die trotz der großen Hitze dort blieben und die Trossen mehrerer anderer Schleppdampfer befestigten.

Diese Tat der holländischen Seeleute wird in Schiffahrtskreisen als eine außergewöhnliche Leistung betrachtet, da die Besteigung des brennenden Schiffes nur unter Einsatz des eigenen Lebens möglich gewesen sein kann. Die eisernen Platten des Schiffskörpers waren glühend heiß, alle Decks waren eingestürzt und der Vordermast umgefallen.

Ueber die Ursache des Feuers erklärte der französische Minister für die Handelsmarine einem Pressevertreter gegenüber, daß es sich entweder um

Kurzschluß oder Fahrlässigkeit

handele. In einer Kabine erster Klasse seien nämlich etwa 30 Wollmatratzen untergebracht gewesen. Wenn ein Mitglied der Besatzung etwa eine glimmende Zigarette weggeworfen habe, so hätte sie leicht stundenlang schwelen können, bis dann das Feuer plötzlich mit voller Wucht ausbrach. Der Minister sagte, er werde dafür sorgen, daß in Zukunft bei der Inneneinrichtung der Schiffe weniger Holz verwendet werde, daß zwei Funkerkabinen eingebaut würden, eine vorn und eine hinten, und daß der Besatzung Berufsfeuerwehrleute beigegeben würden.

Alle gegen alle

Schlepperkampf um das Wrack der „Atlantique"

Cherbourg, 8. Januar.

Durch den Streit um das Bergungsgeld erhält das „Atlantique"-Drama ein peinliches Nachspiel. Holländische und französische Schlepper streiten sich darum, wer von ihnen zuerst von dem herrenlosen brennenden Schiff Besitz ergriffen habe, wem also nach dem geltenden Seerecht das Wrack als Prise zufalle.

Neuerdings ist auch der deutsche Schlepper „Simson", der an der Bergung nicht geringen Anteil hat, in den Streit verwickelt worden. Seiner Besatzung wird zum Vorwurf gemacht, daß sie die Rettungsmanöver des französischen Kommandanten durchkreuzt hätten. Allein aus diesem Grunde wäre der Befehl gegeben worden, das mit vieler Mühe von dem deutschen Schiff befestigte Schleppseil zu kappen.

Dieser Vorfall gibt zu erkennen, wie heftig der Kampf um das treibende Wrack gewesen sein muß. Schon als die Nachricht von dem Unglück eintraf, setzte ein regelrechtes Wettrennen um die „Atlantique" ein. Am Unglücksschiff selbst begann dann der Kampf um den Besitz des Schiffskörpers, und erst nach 12 Stunden konnten sich die Schlepper wenigstens über das Einschleppungsziel einig werden.

Jetzt liegt das Schiff im Hafen von Cherbourg. Auf dem Rumpf der „Atlantique" weht wieder die Trikolore. Die Einfahrt des Wracks auf die Reede wurde um Mitternacht vorgenommen, um nach Möglichkeit Neugierige fernzuhalten. Als das Schiff eingelaufen war, wurden sämtliche Lichter an Backbord und Steuerbord gesetzt, so daß der riesige Schiffsrumpf einen grandiosen, aber schaurigen Anblick bot.

Dank an die „Ruhr"

Bei der Hapag ist folgendes vom Vizepräsidenten der Südatlantischen Schiffahrtsgesellschaft unterzeichnete Dankschreiben der Reederei der „Atlantique" eingegangen:

Wir sind tiefbewegt durch Ihr Telegramm und durch Ihre Teilnahme an dem entsetzlichen Unglück der „Atlantique". Im besonderen sind wir Ihnen außerordentlich dankbar dafür, daß Sie uns telephonisch von den bei Ihnen eingegangenen Meldungen in Kenntnis gesetzt und durch Ihre Pariser Agentur die Zahl der durch Ihr MS. „Ruhr" geretteten Besatzungsmitglieder unseres Dampfers sofort mitgeteilt haben.

Im Augenblick sind wir noch sehr unvollständig über die Umstände unterrichtet, unter denen sich das traurige Ereignis abspielte. Aber wir bitten Sie schon heute, dem Kapitän und der Besatzung der „Ruhr" unseren tiefgefühlten Dank zum Ausdruck zu bringen für die Sorgfalt, die diese ihren unglücklichen Kameraden von der „Atlantique" zuteil werden ließen. Dieses schöne Beispiel der Solidarität unter Seeleuten ehrt Ihre Flagge, und wir legen Wert darauf, Ihnen zu sagen, wie hoch wir dies anerkennen.

Auf Grund gelaufen

Der deutsche Dampfer „Heddernheim", der mit einer Ladung von 5000 Tonnen Holzmasse aus Vivstavaro unterwegs ist, lief in der Nähe der nordschwedischen Stadt Sundsvall auf Grund. Der Dampfer konnte sich wieder flott machen, doch stellte sich heraus, daß er leck geworden war, weshalb der Kapitän ihn wieder auf Grund setzen mußte. Nachdem dann das Leck provisorisch gedichtet war, lief die „Heddernheim" in Sundsvall ein.

Die Trauerfeier für Cuno

Riesige Anteilnahme der Bevölkerung.

Hamburg, 7. Januar.

In der katholischen Marienkirche in Hamburg fand die Trauerfeier für Geheimrat Dr. Cuno statt. Die starke Anteilnahme der Bevölkerung und die Anwesenheit zahlreicher führender Persönlichkeiten aus Regierungs- und Wirtschaftskreisen legte nun noch einmal Zeugnis ab für die Wertschätzung, die der Heimgegangene genoß und für die Bedeutung, die man seinem Wirken beimißt.

Zum Trauerakt in der Kirche waren u. a. Reichsminister Eltz von Rübenach für den Reichspräsidenten und die Reichsregierung, der Chef der Marineleitung, für die Heeresleitung Oberst Gehrke, für den Reichsaußenminister Gesandter von Rosenberg, für den Hamburger Senat Bürgermeister Roß und zahlreiche weitere Delegierte von Behörden und Organisationen erschienen. Unter den Trauergästen befanden sich weiter Generaldirektor Dr. Dorpmüller von der Reichsbahn, Reichsbankpräsident Dr. Luther, Dr. Melchior, Carl Friedrich von Siemens, die Staatssekretäre König und Planck, Admiral von Karpf legte für den früheren Kronprinzen einen Kranz am Sarge nieder.

Auf dem Ohlsdorfer Friedhof

wurde der von der Marienkirche kommende Trauerzug wiederum von einer gewaltigen Menschenmenge erwartet, die, entblößten Hauptes, die Wege nach der Gruft umsäumte. Am Grabe hatten neben der Familie der Vorstand und der Aufsichtsrat der Hapag und eine Reihe von auswärtigen Gästen Aufstellung genommen. Nochmals sprach der Geistliche, dann wurde der Sarg der Erde übergeben.

Geheimrat Ernst von Borsig †

Dr.-Ing. Geheimer Kommerzienrat Exzellenz von Borsig ist auf seinem Gut Groß-Behnitz im Alter von 63 Jahren im Herzschlag verschieden.

*

Der Verstorbene war Mitinhaber der Firma A. Borsig G. m. b. H. in Berlin-Tegel und des Borsigwerkes in Oberschlesien. — Nach Absolvierung des Luisengymnasiums in Berlin studierte Borsig auf der Universität Bonn und an der Technischen Hochschule Berlin. Seine praktische Ausbildung erhielt er in der väterlichen Maschinenfabrik in Berlin-Moabit. Im Jahre 1894 wurde er Chef der Firma A. Borsig und erhielt im Jahre 1902 den Titel Kommerzienrat. Sieben Jahre später wurde er in den erblichen Adelsstand erhoben. Borsig war Vorsitzender der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller.

Die deutschen Kleinbahnen

Neben der Reichsbahn haben die Kleinbahnen und Privateisenbahnen in Deutschland eine viel größere Bedeutung, als man gewöhnlich annimmt. Die letzte Jahreszählung ergab 309 nebenbahnähnliche Kleinbahnen und 123 Privateisenbahnen. Der Leistungsumfang dieser Unternehmungen ist beträchtlich. So betrug die Länge aller Gleise in Km bei den Kleinbahnen 11 694, bei den Privateisenbahnen 6057. Die Zahl der beförderten Personen betrug bei den Kleinbahnen 94 600 000, bei den Privatbahnen 76 700 000. Die beförderte Gütermenge in Tonnen 22 800 000 bzw. 40 700 000.

Die Kleinbahnen und Privateisenbahnen haben die wirtschaftliche Aufgabe, das Liniennetz der Reichsbahn zu ergänzen. Anlage und Unterhaltung dieser Aufschließungsbahnen wurde von den deutschen Bundesstaaten der Initiative der kommunalen Verbände und der Privatwirtschaft überlassen, in Preußen allerdings mit der Maßgabe einer starken Beteiligung des Staates. Mehr als drei Viertel der deutschen Kleinbahnen und Privateisenbahnen befinden sich im Besitz der öffentlichen Hand.

Kleine politische Meldungen

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" wurden in Polen wegen Veröffentlichung von Artikeln, die sich mit der Einführung der militärischen Standgerichte in Warschau und mit den von Polen gegen die im englischen Radio übertragenen Reden unternommenen Schritten beschäftigten, beschlagnahmt.

„Petit Parisien" bezeichnet es als höchst wahrscheinlich, daß der Unterstaatssekretär im Außenministerium, Pierre Cot, künftig Frankreichs Interessen in Genf wahrnehmen werde.

Die Gesamtzahl der auf Grund der italienischen Amnestie aus der Haft Entlassenen beläuft sich auf 22 173.

Was du mir gabst

Roman von Fr Lehne

50. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Hätte sie aber nicht ehrlich gegen ihn sein können? Es paßte gar nicht zu ihrer sonstigen Art, das Versteckte, Heimliche. Er grübelte darüber nach, und mit jedem Tage, der ihm neue Unbequemlichkeiten brachte, wuchs seine Sehnsucht nach Doras stillem, geräuschlosem Wesen und auch nach ihrer ganzen liebenswürdigen Persönlichkeit. Ihre rührende Schönheit hatte es ihm angetan. Und nie ist ein Mann einer neuen Liebe ja leichter zugänglich, als wenn er eine schwere Enttäuschung in einer Herzenssache hinter sich hat.

Es mußte doch zu erfahren sein, wo sie war. Vielleicht hatte sie ihre Stellung bei dem Architekten noch nicht angetreten. Zu Frau Wohlfahrt hatte sie wenigstens gesagt, sie wolle erst einige Wochen zu einer alten Tante, ehe sie wieder ihre regelmäßige Tätigkeit aufnehme, aber sonst auch weiter nichts. Eine Unruhe war in ihm, die er durch nichts niederzwingen konnte, und Halbheiten konnten ihn ganz rasend machen. Darum beschloß er, Herrn von Toop Doras wegen direkt zu befragen. Er mußte noch in der Stadt sein. Ohne ihm einen Abschiedsbesuch zu machen, würde der Architekt sicher nicht abreisen.

XVI.

Es war fast, als hätten des Majors Gedanken den Architekten herbeigerufen. Am nächsten Nachmittag, es war kaum drei Uhr, klingelte es, gerade, als Maurus sich den Kaffee kochen wollte.

„Störe ich, Herr Major? Ich komme allerdings zu etwas ungewohnt früher Zeit; doch da ich hier in der Nähe zu tun habe, wollte ich nicht versehlen, Sie zu begrüßen und Sie zu fragen, ob Sie auch das Neueste schon wissen." sagte er in seiner gewohnten, lebhaften Art.

Höflich, doch mit einer gewissen Kühle, die er aber nicht sogleich empfand, bat ihn der Major, einzutreten. „Das Neueste?" Der Major dachte, wenn es Dora betrifft, hat es Interesse, sonst ist mir jede Stadtneuigkeit ganz gleichgültig.

„Ja, Herr Major, das Allerneueste. Vielleicht hat man Sie aber auch mit einer Verlobungsanzeige bedacht?"

„Nein, Herr von Toop, ich habe in der letzten Zeit keine solche bekommen."

„Nicht? Nun, was sagen Sie dazu? Heute morgen bekam ich dies als Morgengruß.

Der Architekt breitete vor Maurus einen großen weißen Bogen aus.

„Bitte!"

Erstaunt las Maurus Hortenses Verlobungsanzeige. Nein! Sie hatte ihm keine geschickt! Vielleicht hatte sich doch ein gewisses Schamgefühl in ihr geregt, sonst: zuzutrauen wäre ihr alles gewesen!

„Was ist dieser Moritz Seltmann?"

Der Architekt lächelte ein wenig.

„Zufällig kann ich mit Auskunft dienen! Ein Fabrikant feiner Fleisch- und Wurstwaren! Sehr rentabel, besonders jetzt! Da sitzt Frau Hortense an der Quelle; denn sie aß ja immer sehr gern," konnte er sich nicht enthalten, zu bemerken.

Ein kleines, belustigtes Lächeln huschte um den ernsten Mund des Majors, indem er innerlich dem Architekten recht gab, der mit einem komischen Seufzer der Erleichterung hinzufügte:

„Gott sei Dank, daß sie nun unter und verlorgt ist; denn das ist doch ganz etwas Offizielles! Ich sehe es deutlich vor mir, mit welcher Genugtuung sie mir diese Anzeige geschickt hat."

Beide Herren sahen sich einen Augenblick an, in dem gleichen Gefühl, einer Lächerlichkeit verfallen zu sein. Dann mieden sie ihre Blicke, und der Major bot seinem Gaste zu rauchen an.

„Halte ich Sie nicht auf, Herr von Amthor?"

„Ich war gerade dabei, mir den Kaffee zu bereiten."

„Sie selbst, Herr Major?"

Erstaunt klang des Architekten Frage, indem er sich eine Zigarette anbrannte.

„Ja, Herr von Toop, leider ich selbst! Denn seit vierzehn Tagen bin ich allein."

„Allein? Ist Ihre Perle von Haushälterin denn krank?"

„Krank nicht! Aber sie ist nicht mehr bei mir! Wußten Sie das denn nicht, Herr von Toop?" fragte Maurus betont.

„Ich? Woher soll ich das wissen?" klang die sehr erstaunte Gegenfrage. „Wir haben uns doch mehrere Wochen schon nicht gesehen, Herr Major, und ich bin bereits dabei, hier langsam meine Zelte abzubrechen. Warum aber in aller Welt hat Fräulein Dora Sie verlassen?"

Das Erstaunen des Architekten war so echt, daß der Major ihm im stillen schon seinen Verdacht abbat! So konnte dieser Mann sich nicht verstellen!

„Ich habe keine Ahnung! Wir haben keinerlei Meinungsverschiedenheiten gehabt, es war wie immer."

Ewald von Toop schüttelte den Kopf. „Das ist — das ist in der Tat — und wohin ist sie gegangen?"

Der Architekt war sichtlich erregt, so daß in Maurus wieder das alte Mißtrauen erwachte. Dieses überaus lebhafte Interesse an seiner Haushälterin war zum mindesten doch sehr sonderbar. Um aber einem Mitmenschen auch in Gedanken nicht Unrecht zu tun und in dem Verlangen nach Klarheit sagte er:

„Eine Frage, Herr von Toop, die Sie mir aber durchaus nicht übel deuten dürfen: Hatten Sie bei Ihrem letzten Besuche bei mir nicht eine etwas persönliche Unterhaltung mit Dora, die am gleichen Abend noch eine kurze Fortsetzung fand? Oder irre ich mich?"

Der Architekt konnte seine Ueberraschung nicht verbergen — das hatte der Major doch bemerkt?

„Herr von Toop, ich bin Soldat und gehe gerade und ohne Umschweife auf mein Ziel los," fuhr Maurus fort, „und darum sage ich es auch offen heraus: mir drängte sich der Gedanke auf, daß Fräulein Doras Kündigung mit der Unterhaltung mit Ihnen in Zusammenhang stand, kurz, daß Sie sie mir wegenaaaiert hätten."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819330110-11/fragment/page=0002

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemberg, den 9. Januar 1933.

* Nachdem bereits in der vorigen Woche die Besichtigung der Förderbrücke in Bergwitz erfolgte, wird in dieser Woche am Mittwoch, den 11. Januar, eine **Besichtigung der Kleinbahnübergabegleise und der Brikettfabrik,** die in Betrieb ist, stattfinden. Die Abfahrt mit der Kleinbahn erfolgt 1^{10} Uhr. Einwohner, die Interesse an dieser Besichtigung haben, können sich an der Fahrt beteiligen.

Kennen Sie die Vorschriften über die Zahlungssperre für Hypothekenrückzahlungen? Dieses so außerordentlich wichtige Rechtsgebiet ist durch die Behandlung in drei Notverordnungen und zahlreichen Durchführungsverordnungen völlig unübersichtlich geworden. Die Wirtschaftlichen Kurzbriefe bringen eine zusammenfassende Abhandlung darüber, die Ihnen mit einem Blick Klarheit gibt Aus dem sonstigen Inhalt der letzten Wochen sind zu nennen: Was kostet das Steuerrechtsmittelverfahren? Die steuerliche Behandlung — von Dienstaufwandsentschädigungen mit Jubiläumsgeschenken — Die Umsatzsteuervergütung bei der Ausfuhr ab 1. Dezember 1932. — Auch Sie sollten die WK kennen lernen, denn bestimmt können doch auch Sie aus den vielen Hinweisen Nutzen für sich ziehen. Fordern Sie deshalb kostenlose Probenummern vom Rudolf Lorenz Verlag, Charlottenburg 9.

* **D.T.-Handball.** Das für gestern angesetzte Handballspiel Kemberg—Wartenburg mußte wegen Nichterscheinens der Wartenburger Turner ausfallen.

Reuden, 7. Jan. Als am Abend des 25. September 1932, eines Sonntages, die Scheune des Landwirts und Baggerführers Hermann Kuhnert in Reuden abbrannte, war man im ganzen Dorfe der Meinung, daß der Besitzer des Grundstückes das Feuer selbst angelegt hatte. Diese Annahme fand bald ihre Bestätigung. K., der bei seiner Vernehmung durch den Amtsvorsteher zuerst allerlei Ausflüchte machte, bequemte sich dann zu einem teilweisen Geständnis, das er im Laufe der Untersuchungshaft widerrief. In der Verhandlung vor der 3. Strafkammer des Landgerichts Torgau wurde jedoch so viel belastendes Material erbracht, daß an der Schuld des Angeklagten nicht die geringsten Zweifel bestanden. Der Staatsanwalt beantragte 2 Jahre Zuchthaus, 100 RM. Geldstrafe und 5 Jahre Ehrverlust wegen Brandstiftung und Versicherungsbetruges. Das Urteil lautete auf 2 Jahre Gefängnis wegen betrügerischer Brandstiftung und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren. Die Untersuchungshaft dauert fort, weil Fluchtverdacht nicht ausgeschlossen ist.

Gräfenhainichen. Gestern erschoß der Tischlermeister Klemm seine Ehefrau, sein neunjähriges Kind und richtete dann die Waffe gegen sich selbst.

Wolfen. (Mit dem Jauchenwagen durchgegangen.) Der in Thalheim wohnende Nachtwächter Sch. wollte mit einem geliehenen Gespann Jauche auf seinen Acker fahren. Beim Besteigen des Wagens scheuten die Pferde. Sch. kam zu Fall, blieb an der Deichsel hängen und wurde ein ziemliches Stück mitgeschleift. Nach Anlegen eines Notverbandes wurde der Schwerverletzte dem Bitterfelder Krankenhaus zugeführt. Sein Zustand ist ernst.

Pollitz. (Kind tödlich verbrüht.) Das vierjährige Töchterchen des Landwirts Mertens fiel in einem unbewachten Augenblick rücklings in einen mit kochendem Wasser gefüllten Kessel. Das Kind zog sich dabei so schwere Brandwunden zu, daß es bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus verstarb.

Im Stickstoffwerk tödlich verunglückt.

Piesteritz. Im Nitrophosphatbetrieb der hiesigen Stickstoffwerke ereignete sich am Sonnabend ein Unfall, dem der Arbeiter Karl Klingners aus Rudersdorf zum Opfer fiel. Beim Hantieren an der Mischschnecke wurde er von dem Getriebe erfaßt, das ihm die Beine bis zum Unterleib zermalmte. Als man den Unglücklichen befreit hatte, war er bereits tot.

Leuna. 400 Neueinstellungen erfolgten in den letzten Tagen im Ammoniakwerk Merseburg, und zwar wegen der saisonmäßigen Belebung des Düngemittelabsatzes und durch Inangriffnahme zusätzlicher Arbeiten. Die Beschäftigung der Neueingestellten ist bis Mitte des Jahres in Aussicht genommen, eine Beschäftigung über diese Zeit hinaus hängt von der weiteren Entwicklung der Wirtschaft ab.

Weißenfels. Nach Eindrücken der Ladentürscheibe war in der Nacht zum 10. Dezember in die Kolonialwarenhandlung Wiegand ein Einbruch verübt worden. Gestohlen wurden Lebens- und Genußmittel in großen Mengen. Als Täter wurden drei etwa 29jährige Erwerbslose ermittelt und festgenommen. Sie hatten sich nun vor Gericht zu verantworten. Sie entschuldigten ihre Tat damit, sie hätten Weihnachten feiern wollen. Das Gericht billigte ihnen dann auch mildernde Umstände in allen drei Fällen zu. Einer wurde zu einem Jahr, der andere zu einem Jahr zwei Monaten Gefängnis verurteilt; bei beiden lag Rückfall vor. Der noch nicht vorbestrafte dritte Angeklagte erhielt drei Monate Gefängnis. Die Amnestie fand in diesen Fällen keine Anwendung, da Stichtag der 2. Dezember war.

Zeitz. In schwerverletztem Zustande wurde in Nasberg ein Rentner auf seinem Hofe aufgefunden. Er verstarb kurze Zeit später. Es steht noch nicht fest, ob es sich um einen Unglücksfall oder um ein Verbrechen handelt.

In Holzschuhen zum Wohlfahrtsamt.

Hohenmölsen. In Holzschuhen gingen zwei Wohlfahrtsempfänger den 24 Kilometer langen Weg von hier nach Weißenfels und zurück, um dem Kreiswohlfahrtsamt zu beweisen, daß sie mit ihrem Schuhwerk vollends „auf den Hund gekommen" seien.

Kukirol wandert ab.

Schönebeck (Elbe). Die vor einigen Jahren gegründete Kukirol-Gesellschaft m. b. H., die den Betrieb der früheren Einzelfirma Kukirol-Fabrik Kurt Krisp weiterführte, wird diesen demnächst stillegen und nach Berlin übersiedeln. Das Werk war während der schweren Wirtschaftslage im abgelaufenen Geschäftsjahr gut beschäftigt und konnte den Umsatz des Vorjahres infolge verstärkter Zeitungspropaganda mengenmäßig um rund 60 Prozent steigern.

100. Geburtstag eines früheren Oberpräsidenten.

Magdeburg. Am 6. Januar ist der 100. Geburtstag des ehemaligen Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, Staatsministers Dr. Karl Heinrich von Boetticher. Das erfolgreiche Wirken von Boettichers an verantwortlicher Stelle im Staatsdienst und seine nie ermüdende Schaffenskraft gerade für das Aufblühen der Provinz Sachsen machen es zur Pflicht, an diesem Ehrentage des bedeutenden Mannes zu gedenken. Boetticher, ein Freund und Mitarbeiter Bismarcks, hat sich vor allem um die soziale Gesetzgebung der achtziger Jahre und um die Schaffung des Nord-Ostsee-Kanals verdient gemacht. Am Ende seiner Laufbahn stand das Wirken als Oberpräsident der Provinz Sachsen. von Boetticher wirkte 8½ Jahre lang mit voller Hingebung im Dienste für die Provinz. Seinen Lebensabend verbrachte er in Naumburg, wo er 1888 eine Domherrenstelle erhalten hatte und am 6. März 1897 verstarb.

Hauswirt sticht seinen Mieter nieder.

Aschersleben. Vor dem Schöffengericht in Halberstadt hatte sich jetzt ein rabiater Hauswirt zu verantworten. Zwischen ihm und einem Mieter war es öfter zu Zwistigkeiten gekommen, da angeblich der Hauswirt, der Arbeiter Otto Koch, seinem Mieter Wäsche von der Leine gestohlen haben soll. Als nun der Mieter eines Tages allein im Hausflur war, versetzte ihm Koch einen Stich in den Unterleib, der schwere Folgen nach sich zog. Das Gericht verurteilte den Hauswirt zu zwei Jahren Gefängnis und erklärte in der Begründung, nur deshalb nicht auf Zuchthaus erkannt zu haben, weil erwartet würde, daß der Verletzte doch noch vor dauerndem Siechtum bewahrt werden könnte.

Bernburg. Beim Wildern wurden zwei Männer in der Rathmannsdorfer Flur gestellt und verhaftet, die nicht weniger als 32 Fasanen geschossen hatten.

Großwirschleben (Kr. Bernburg). Nicht eine Ehe wurde im Jahre 1932 vor dem hiesigen Standesamt geschlossen. Das ist, so lange die alten Kirchenbücher zurückreichen, nur einmal um 1650 der Fall gewesen.

Termine der Leipziger Frühjahrsmesse 1933.

Leipzig. Die Leipziger Frühjahrsmesse 1933 beginnt am Sonntag, 5. März. Es schließen die Textilmesse am 5., die Möbel-, die Sportartikel-, die Sondermesse Photo, Optik und Kino und die Bürobedarfsmesse „Jägerhof" am 9., die übrigen Zweige der Mustermesse in der Innenstadt am 11. und die Große Technische Messe und Baumesse auf dem Ausstellungsgelände am 12. März.

Ein Arbeiter getötet.

Beim Reinigen der Kläranlagen des Bitterfelder Bauvereins entwickelten sich plötzlich Gase. Von den beschäftigten fünf städtischen Arbeitern brachten sich vier in Sicherheit. Der fünfte konnte nach mehrstündigen Rettungsarbeiten durch die Feuerwehr nur als Leiche geborgen werden. Zwei Arbeiter mußten dem Krankenhaus zugeführt werden. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Provinzialsächsische Missionskonferenz in Halle.

Die 55. Jahrestagung der Missionskonferenz der Provinz Sachsen wird vom 19. bis 22. Februar in Halle stattfinden. Das Programm weist neben einer großen öffentlichen Missionsversammlung Sonderveranstaltungen für Freunde der ärztlichen Mission, Lehrer, Studenten, evangelische Jugend und Schulen auf.

Delitzsch. Auf Grund der Amnestieverordnung wurde das Verfahren gegen den Magistratssekretär Kauerhoff, der wegen Amtsunterschlagung in erster Instanz vom Bitterfelder Schöffengericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war, bei der Strafkammer in Halle eingestellt. Das Gericht hielt für erwiesen, daß der Angeklagte aus großer Notlage die Tat begangen habe.

Das Gericht erkennt auf fahrlässige Tötung.

Torgau. Das Torgauer Schöffengericht verhandelte gegen den Bäcker Walter Wießner aus Thekla (Amtsh. Leipzig). Er war angeklagt, den Motorradzusammenstoß, der am 4. Juli 1932 auf der Landstraße Eilenburg—Leipzig erfolgte und bei dem die Verkäuferin Elfriede Schulze aus Leipzig den Tod fand, verschuldet zu haben. Am Unglückstage hatte Wießner acht Glas Bier getrunken; außerdem war er auf der linken Straßenseite gefahren. Das Gericht sprach ihn wegen dieser beiden Tatsachen für schuldig und verurteilte ihn zu neun Monaten Gefängnis wegen fahrlässiger Tötung.

Torgau. Vom Zuge überfahren und getötet wurde beim Ueberprüfen einer Weichenlaterne auf dem Bahnhofsgelände ein Stellwerksmeister.

Die Leiche wurde beschlagnahmt.

Wittenberg (Elbe). Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde die Leiche des Arbeiters Bossen beschlagnahmt, da die Todesursache noch nicht geklärt ist. Anscheinend sind an der ursprünglichen Annahme eines Selbstmords Zweifel aufgetaucht.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten am 6. Januar 1933.

Anwesend sind 5. Magistratsmitglieder und 11 Stadtverordnete.

Stv.-V. Ludley eröffnet die erste Sitzung im neuen Jahre mit Glückwunschworten und spricht die Hoffnung aus, daß auch im kommenden Jahre die gemeinsame Arbeit friedlich und sachlich zum Besten der Stadt geschehen möge. Er begrüßt ferner den nach erfolgter Bestätigung wieder an der Sitzung teilnehmenden Senator Schäfer.

1. Verlesung und Genehmigung der letzten Niederschrift Diese erfolgt ohne Einwendungen.

2. Einführung des neubestimmten Magistratsmitgliedes Sen. Schäfer. Bgm. Gerber nimmt zur Einführung das Wort und erklärt, daß es überflüssig sei, viele Worte über die Ausübung des Amtes zu machen, dessen Bedeutung Herrn Sen. Schäfer bekannt sei. Es wurde im Magistrat sehr bedauert, daß es zu dem Konflikt gekommen sei. Aber heute sei es an der Zeit, das Gewesene zu vergessen und als erledigt zu betrachten. Es sei sein Wunsch, daß nunmehr eine neue Aera beginnt, die eine gute und sachliche Zusammenarbeit im Interesse der Stadt ermöglicht und die auch gewährleistet ist, wenn sich jeder frei macht von irgendwelchen Beeinflussungen und Cliquen. Er sei gern bereit, Herrn Sen. Schäfer die Hand als Mensch und als Bürgermeister zu reichen zu gemeinsamer Arbeit, um etwas Ersprießliches zu leisten. Denn dieser ganze Fall hat gezeigt, daß nichts Positives erreicht wird, wenn man gegeneinander wirkt. Es sei daher der Wunsch aller, daß nunmehr ein Arbeiten Hand in Hand möglich sein wird Hierauf leistet Sen. Schäfer den vorgeschriebenen Eid auf die Verfassung. Im Anschluß daran dankt Sen. Schäfer den Unterzeichnern des Vorschlages für das ihm erwiesene Vertrauen und Herrn Bürgermeister Gerber für die freundlichen Worte der Einführung. Stv.-V. Ludley begrüßt Sen. Schäfer im Namen der Versammlung

3. Wahl des Büros und der Ausschüsse. Durch Zuruf werden Büro und Ausschüsse dieselbe Zusammensetzung wie bisher behalten.

4. Wahl von Prüfern für die Kämmereikassenrechnung 1931/32 Gewählt werden die Stv. Ludwig, Richter und Löser.

5. Kenntnisnahmen a) Prüfung der Elektrizitätswerksrechnung durch die Stv. Quinque und Schulze. Aus dem Prüfungsbericht entnehmen wir, daß die Einnahme 54235 RM und die Ausgabe 48142 RM betrug. mithin einen Bestand von 6092 RM aufweist. Die Endsummen seien höher, weil der Bau des neuen Transformators in dieser Rechnung mit enthalten ist. Die Einnahmen für Licht betrugen 27641 RM (im Vorjahre 30353 RM), für Kraft 8649 RM (im Vorjahre 9479 RM). Gewünscht wird, daß die Kosten für Neuanschlüsse gesenkt werden, denn die immer noch in Ansatz gebrachten Stundenlöhne von 1 RM seien heute zu hoch. Sen. Nitzschke erklärt, daß neuerdings schon eine Herabsetzung auf 90 Pfg. erfolgt sei. Stv. Quinque ergänzt den Bericht des Stv. Schulze noch dahin, daß von der Sozietät ein Spannungsregler, der durch Blitzschlag beschädigt wurde, ersetzt worden sei, und daß an die Kämmereikasse insgesamt 18000 RM abgeführt sind; hierdurch ist eine Erhöhung der Steuern vermieden.

b) von Kassenprüfungen, die ohne Einwendungen erfolgten.

6. Stellungnahme zu einem Artikel in der „Kursächsischen Tageszeitung" über die Ratskeller-Angelegenheit. Bürgermeister Gerber erklärt, daß in dem Artikel die Tatsachen auf den Kopf gestellt und er persönlich, der Stv.-V. sowie der Magistrat angegriffen worden sei, ohne daß eine Nachprüfung der ganzen Sachlage durch die betr. Zeitung erfolgte. In dem Artikel wird behauptet, daß gegen den bisherigen Pächter rücksichtslos vorgegangen worden sei, während Städte wie Schmiedeberg und Wittenberg mehr Entgegenkommen gezeigt hätten; um einer Restschuld von 192.— RM, die nach Abzug der Kaution geblieben sei, habe man eine Familie mit einem Kind auf die Straße gesetzt. In Wirklichkeit liegen die Dinge aber so, daß der Magistrat von Anfang an ein großes Entgegenkommen gezeigt habe. Bei der Verpachtung lagen Angebote bis zu 2350.— RM vor. Die Stadtvertretung hat aber nicht das höchste Gebot genommen, sondern habe sich auf die mittlere Linie geeinigt, und habe die Pachtsumme auf 1600.— RM festgesetzt in dem Bestreben, auch den Pächter leben zu lassen. Es war nicht das Bestreben, nur für die Stadt eine möglichst hohe Summe herauszuholen. Dieses außerordentliche Entgegenkommen, das man damals erwiesen hatte, wurde auch bis auf die letzten Tage gezeigt. Obwohl der Pächter seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen war, wurde die ganze Angelegenheit in geschlossener Sitzung verhandelt, um ihn nicht blos zu stellen und seinen Kredit nicht zu schmälern. Nunmehr bleibt aber nichts übrig, als zu der ganzen Sache Stellung zu nehmen. Dem Pächter wurden zweimal Pachtermäßigungen gewährt und zwar am 1. Januar 1932 auf 1200.— RM und am 1. Juli 1932 wurde eine Bierpacht von 12 — RM je Tonne eingeführt Damit haben die Körperschaften wirklich Verständnis für die Notlage gezeigt Aber von dem Pächter wurde überhaupt nicht gezahlt Vermindert worden sei die Pacht laufend nur um die Vergütung von monatlich 30.— RM. die er erhielt für die Benutzung des Bürgersaals durch das Arbeitsamt usw. Nach Abzug dieser Summe blieben nur 40—50 RM monatlich zu zahlen für Wohnung und gewerbliche Räume. Aber auch diesen Betrag hat er nicht gezahlt. Es blieb nur die Räumungsklage übrig. Und als die Zwangsräumung schon angesetzt war, wurde trotzdem noch einmal Abstand davon genommen und ihm aufgegeben, bis zum 15. 12. 300.— RM zu zahlen. Der Getreidegroßhändler Wiegand hat immer das große Wort geführt. hat aber nicht die 300.— RM gezahlt. Es stimmt nicht, wie in dem Artikel behauptet wird, daß der Bürgermeister und der Stv.-V. ihn hingehalten hätten. Es ist ihm immer wieder gesagt worden, es brauche nichts weiter zu geschehen als die geforderte Summe zu bezahlen, dann bliebe alles beim Alten. Auch am 16 12. wurde, trotzdem noch nichts gezahlt war, ein allerletztes getan und in eine Verlängerung bis nach Weihnachten eingewilligt. Die städtischen Körperschaften haben eine lange Geduld gezeigt, während der Pächter alles andere als guten Willen gezeigt habe. Er hat sein ganzes Mobiliar und Einrichtung der Bitterfelder Brauerei verpfändet, sodaß für die Stadt keine Möglichkeit bestand, die Rückstände hereinzubekommen. Am Tage der Zwangsräumung erklärte der neue Pächter Knak, dem Getreidegroßhändler Wiegand, daß er sofort von seinem Pachtvertrage zurücktrete, wenn der Stadt die rückständige Summe gezahlt würde. Es hat sich für die städtischen Körperschaften nicht darum gehandelt, einen Genossen eine fette Pfründe zu verschaffen, denn erst am 27. 12. hatten die Stv. praktisch zur Verpachtung Stellung genommen und unter den 3 Bewerbern eine engere Wahl getroffen Leider hätten sich wenig Kemberger gemeldet. Mit einer 2/3 Mehrheit wurde beschlossen, dem jetzigen Pächter Knak den Ratskeller zu übertragen. Auch rechts eingestellte Stv. hätten sich somit für die Wahl ausgesprochen, lediglich um die Pachtung einem Kemberger Bürger zu überlassen. Weiterhin erklärte Bürgermeister Gerber, daß er niemals Gewerkschaftssekretär und niemals Genosse war, und daß der Vorwurf, er wolle sein Können durch diese Angelegenheit unter Beweis stellen und daß er der treibende Keil sei, unwahr ist. Für alle Maßnahmen haben einstimmige Beschlüsse des Magistrats und der Stv. vorgelegen. Der ganze Artikel der „Kursächsischen Tageszeitung" ist eine ganz infame Verleumdung Er habe dem verantwortlichen Schriftleiter gütlich ersucht, eine Richtigstellung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819330110-11/fragment/page=0003

zu bringen ohne Berufung auf die gesetzlichen Vorschriften. In dieser Erwartung sei er aber enttäuscht. Daher ist nunmehr die Aufforderung gem. § 11 des Preßgesetzes mittels Zustellungsurkunde erfolgt. Außerdem hat sich Bürgermeister Gerber veranlaßt gesehen, die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft zu übergeben. Stv.-V. Ludley fügt diesen Ausführungen hinzu, daß der Getreidegroßhändler Wiegand ihn 5 mal aufgesucht hätte, und verliest ein Schreiben, in dem sich derselbe bereit erklärt, die Schuld zu übernehmen und in der nächsten Woche zu zahlen. Er tue dies in der Annahme, daß dann der Vertrag mit Dümiche erneuert wird. Auf die Vorhaltungen, weshalb Herr Dümiche diesen Weg nicht schon lange beschritten habe, erklärte Herr Wiegand, die Leute seien zu dumm. Stv. Knak erklärt ausdrücklich, daß er jede Minute bereit gewesen sei, von dem Vertrag zurückzutreten, wenn das Geld bar auf den Tisch gelegt worden wäre. Bürgermeister Gerber erklärt noch, daß er zu den Angaben des Artikelschreibers, daß Herr Dümiche ein Stück Kemberger Wirtschaftsgeschichte gewesen sei und 600—700 RM Steuern gezahlt habe, keine Stellung nehmen dürfe, da diese Angelegenheit unter das Gebot der Amtsverschwiegenheit falle. Er kann nicht erklären wieviel gezahlt worden sei.

7. Kenntnisnahme von der Mandatsniederlegung des Stv. Wilhelm Knak

8. Stv. Richter bittet, daß im neuen Jahre die Ausschußmitglieder pünktlich und rege ihre Arbeiten aufnehmen möchten und bemängelt, daß der Finanzausschuß noch nicht einmal einberufen worden sei.

9. Stv. Heßler frägt an, ob in der Frage der Bestellung eines zweiten Fleischbeschauers schon etwas unternommen worden sei. Bgm. Gerber teilt hierzu mit, daß die Angelegenheit augenblicklich beim Landrat liegt. Es wird aber ziemliche Schwierigkeiten machen, denn für Kemberg sind Tierarzt Wend als 1. und Fleischbeschauer Pohle als 2. Beschauer tätig. Es käme also praktisch die Bestellung eines 3. Beschauers in Frage.

10. Stv. Quinque dankt im Namen der Erwerbslosen allen Spendern, die zum Winterhilfswerk in reichem Maße gegeben haben, sei es durch Geld oder Kleidungsstücke, auch dankt er der Landwirtschaft dafür, daß sie Kartoffeln spendete, und den Innungen, die Spenden zugesagt haben. Er bittet weiter, nunmehr auch die Notstandsküche einzurichten und für diesen Zweck einen Geldbetrag zu bewilligen. Die Versammlung bewilligt 100 RM. Die Absicht, im Lager Niemitz mitzukochen, findet allerdings wenig Neigung, vielmehr wird angeregt, evtl. die Freibankkessel zu verwenden, da das für alle bequemer ist. Der Betrieb könnte dann von den Erwerbslosen selbst durchgeführt werden. Die Ausgabe von Essen könnte je nach den vorhandenen Mitteln an 2 bis 3 Tagen in der Woche erfolgen.

Hierauf geheime Sitzung.

Dienstag, den 10. Januar, abends 8 Uhr **im Bürgersaal**

Bibelstunde

Prediger Westermann-Wittenberg.

Hierzu wird herzlichst eingeladen.

Futterrüben und Stroh

gibt laufend ab

Gutsverwaltung Meuro

Mein Saison-Schluß-Verkauf

bietet Ihnen bei guten und soliden Qualitäten außerordentlich billige Preise.

Meine ganz niedrigen Geschäftsunkosten sowie Einkauf bei nur leistungsfähigen Firmen gestatten mir, Ihnen eine so günstige Einkaufsgelegenheit zu verschaffen, wie Sie es nachstehend verzeichnet finden.

Besichtigen Sie bitte die Waren in meinen Schaufenstern und lassen Sie sich dieselben ohne jeden Kaufzwang in meinem Geschäft vorlegen, Sie werden gewiß etwas Brauchbares und Nützliches darunter finden.

Nessel, gute Gebrauchsqualität	Meter	16 Pfg.
Hemdentuch, schöne griffige Ware	„	18 „
Maccotuch, prima Gebrauchsware	„	30 „
„ herrliche weiche Ware	„	45 „
weisser Hemdenbarchent, griffige Qualität	„	30 „
„ „ schwere Qualität	„	55 „
gestreifter Hemdenflanell	„	25 „
Handtuch, gesäumt und gebändert	Stück	15 „
Frottierhandtuch	„	38 „
Wischtuch	„	10 „
Bezüge, Streifensatin, 1 Decke, 2 Kissen	Mk.	4,25
Bettbezug mit besticktem Kissen	„	2,95
Karierter Bettbezug, fertig genäht, 1 Decke, 2 Kissen	„	3,95
Bettücher, gute Gebrauchsware; 140/200	„	0,95
Bettuch mit Hohlsaum, 140/200	„	1,50
Damenspangenhemd mit hübscher Stickerei	„	0,65
weisse Barchentnachtjacke	„	1,50
„ „ mit reicher farb. Stickerei	„	1,95
Damennachthemd mit reicher Stickerei	„	1,50
weisses Oberhemd, durchgemustert	„	3,75
Oberhemd mit 2 Kragen, durchgemustert	„	1,50
Künstlerdecken, 80/80, prachtvolle Blumenmuster	„	0,50
„ 125/125, „ „	„	1,95
Schlosserjacke, echt hytronblau gefärbt, p. Cöper	Mk.	1,95
Schlosserhose, dito	„	1,95
Arbeitshose, Reitgord, prima Qualität	„	4,95
Kinderschläpfer, Futter, schwere Qualität, richtige Farben, Größe 30	„	0,28
jede weitere Größe 7 Pfg. mehr		
Fesches Damentrikotkleid mit gestreiftem Besatz	„	2,95
Damenröcke, Futter, schwere Qualität, richtige Farben	„	1,25
Popeline, reine Wolle	per Meter	1,00
Hammerschlag, reine Wolle	„ „	1,25

Otto Wildau .·. Kemberg

Mannfaktur-, Putz- u. Modewarenhaus

Dienstag ab 1 Uhr

Schaum- und Fastenbrezeln

Bäckerei Mattheß

Eine

Schreibmaschine

(Mignon) gut erhalten, billig zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Eine

Netz-Annode

gut erhalten, billig zu verkaufen

Arno Kühn, Leipziger Neumarkt

---

5 Zimmer-

Wohnung

zum 1. März zu vermieten

Leipziger Straße 50

Sämtliche

Schulbedarfs- und Zeichenartikel

für die hiesige und alle Schulen der Umgegend empfiehlt

Rich. Arnold, Buchhandlung

Leipziger Strasse und Markt

Zwangsversteigerung

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung

Am Mittwoch, den 11. Januar 1933, nachmittags 14 Uhr in **Kemberg,** Hotel **Blauer Hecht**

1 Radioapparat, 1 Kleiderschrank, 1 gepolsterter Stuhl u. 1 Sofa

Um 14³⁰ Uhr in **Bergwitz** an Ort und Stelle

Div. Weine, 1 Eisschrank, 1 gr. u. kl. Glasschrank, 3 Oelgemälde u. 1. braunes Klavier

Interessenten treffen sich im **Gasthof Noack**

Um 16 Uhr in **Ateritz** Gasthof Gersbeck

1 Personenschlitten

Um 17 Uhr im Gasthof in **Böseswig**

1 Radioapparat

Heeger, Gerichtsvollzieher kr. A. Wittenberg, Sternstraße 6

Prima frisches

Rindfleisch

frische Flecke

empfiehlt **Heinrich Schneider**

Empfehle frisch eintreffend

ff. Vollbücklinge Pfd. 34 Pf.

Sprotten - ger. Schellfisch

Flundern

Harzerkäse Kiste 28 Pf.

Apfelsinen Stück 5 u. 10 Pf.

ferner **zum Mittwoch** blutfrisch

Schellfisch - Goldbarsch

Fischfilet - Schollen

Grüne Heringe Pfd. 18 Pf.

Richard Tempelhof, Tel. 256

Ein

Vierröhren-Empfänger

mit betriebsfähigem Aktu und Lautsprecher für 15 RM zu verkaufen

Arno Kühn, Leipziger Neumarkt

Der Stahlhelm

Bund der Frontsoldaten

Mittwoch, den 11. Januar, abends ½9 Uhr im Hotel Palmbaum

Jahres-Hauptversammlung

Der Ortsgruppenführer

M.-T.-V.

Donnerstag, den 12. Januar, abends ½9 Uhr im Hotel Palmbaum

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. An- und Abmeldungen
2. Jahresbericht
3. Kassenbericht
4. Kostümfest
5. Vorstandswahlen
6. Auslosung von Anteilscheinen
7. Verschiedenes

Vollzähliges Erscheinen der Turngeschwister erwünscht

Der Vorstand

Schützenhaus

Voranzeige

Sonnabend und Sonntag

Bockbierfest

Morgen Dienstag

von 1½ Uhr ab

Fastenbrezeln

Schaumbrezeln

Mohn- u. Kümmelbrezeln

Bäckerei Herrmann

Empfehle morgen **Dienstag** ab **1 Uhr**

frische Brezeln

Am **Mittwoch**

ff. Pfannkuchen

Hermann Busch, Bäckerei

Niemitzer Hüfnerschaft

Donnerstag, den 12. Dezember, abends 7 Uhr bei E. Bachmann

Versammlung

Wozu alle Interessenten eingeladen werden.

Der Hufenrichter, Rob Höhne.

Lubast

Donnerstag, den 12. ds. Mts., abends 8 Uhr, lade ich sämtliche Jagdinteressenten der Gemeinde Lubast in Schönheits Lokal zu einer

Besprechung über Jagdpachtangelegenheiten

hiermit ein.

Der Jagdvorsteher, Kaulisch.

Bringe meinen

Zimmerei- und Sägewerks-Betrieb

in empfehlende Erinnerung

Zimmerei und Sägewerk Albrecht, Kemberg

Großer Aufklärungsvortrag!

Am Donnerstag, den 12. Januar 1933, abends 8 Uhr im Gasthof **„Goldene Weintraube“** bespricht der bekannte Psychologe F. R. Uhlitzsch das Thema:

„Gesundung über Nacht“

Der Tod sitzt im Blut. Fast alle Krankheiten heilbar?

Dr. med. Wolf zeigt allen Kranken vollkommen neue Wege zur Wiedererlangung der Gesundheit, allen Gesunden den Weg zur Vermeidung von Krankheiten. Der Arzt steckt in uns selbst, die Natur allein heilt alles. **Eintritt frei!** Für Jugendliche verboten! Der Vortrag ist nicht zu verwechseln mit ähnlichen, er findet erstmalig in Deutschland statt. Keine Biochemie, keine Homöopathie, kein Radium u. keine Hochfrequenzapparate, **sondern nur reine Natur!**

Militär-Verein

Achtung Nächsten Sonntag auf nach **Rotta**

zum **Theater-Abend und Ball**

Für die uns anläßlich unserer Verlobung erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir

herzlichen Dank.

Liselotte Gliesche

Johannes Pade

Sonnabend nachmittag 4 Uhr entschlief nach längerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Bruder und Schwager

der Mühlenbesitzer

Max Schlobach

im Alter von 64 Jahren.

Dies zeigen tiefbetrübt an

die trauernden Hinterbliebenen

Gottwaldsmühle bei Kemberg, 9. Januar 1933

Die Beerdigung findet am Dienstag nachmittag ½3 Uhr in Gommlo statt

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher Nr. 203

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819330110-11/fragment/page=0004

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt" und „Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis Monatlich für Abholer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10,— Mk. das Tausend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 4 | **Dienstag, den 10. Januar 1933** | **35. Jahrg.**

Rechnungen

über Lieferungen und Leistungen für das Straßenbaudezernat sind bis spätestens Mittwoch, den 11. Jan. d. Js., einzureichen.

Kemberg, den 7. Januar 1933.

8] **Der Magistrat.**

Vor zehn Jahren an der Ruhr

Der Verfasser war während des Abwehrkampfes im Auftrage der Reichsregierung im Ruhrgebiet tätig

Am Abend des 10. Januar 1923 in Essen. Aus dem großen Saalbau strömte eine ungeheure Menschenmenge. Eine Kundgebung, wie sie Essen noch nicht gesehen hatte, war hier zustande gekommen, ungeheure Erregung lag in der Luft. Berufene Vertreter des Volkes hatten darauf hingewiesen, daß schicksalsschwere Ereignisse bevorstünden. Von Paris aus war der Einmarsch in die Ruhr angedroht worden, aber noch war er nicht Tatsache, noch war dieser Einmarsch nicht vollzogen. Gedroht hatte Poincaré schon öfter; aber diesmal war es schon fast Gewißheit, daß es Ernst werden würde. Hundert Eisenbahnzüge hatten im Raum Duisburg—Düsseldorf rund 50 000 französische und belgische Soldaten versammelt, und um diese Stunde war der Oberkommandierende, General Degoutte, bereit, den Einmarschbefehl in das Ruhrgebiet zu geben.

Nebelfeucht und diesig war das Wetter in dieser Nacht vom 10. zum 11. Januar. An allen entscheidenden Stellen im Ruhrgebiet herrschte größte Spannung. Vor dem Hause des Kohlensyndikats in Essen standen noch Lastwagen, um die letzten Akten zu bergen, da mit dem Einmarsch als mit einer unumstößlichen Gewißheit gerechnet werden mußte. Zwei Stunden nach Mitternacht klingelte das Telephon. Aus den Städten Duisburg und Düsseldorf wurde mitgeteilt, daß sich französische Truppenmassen in Bewegung gesetzt hätten. Kampfwagen-Abteilungen, Kavallerie und Radfahrer-Patrouillen an der Spitze. Wenig später kam ein zweiter Anruf; das Gebiet der Sanktionsstädte war überschritten, der Einmarsch in das Ruhrgebiet war erfolgt. Und das war geschehen vier Jahre und zwei Monate, nachdem die letzte Kugel an der Front abgeschossen war. Das war geschehen auf den Tag genau drei Jahre später, nachdem der Versailler Vertrag in Kraft getreten war.

Der preußische Ministerpräsident Braun nannte diesen Einmarsch einen Vertragsbruch, und so wurde er von der Bevölkerung des Ruhrgebiets in allen seinen Teilen empfunden, so erwuchs aus dem Volke heraus einmütig und schicksalsbereit der Wille zum Widerstand. Es kann heute gesagt werden, daß damals die Reichsregierung einen einheitlichen Abwehrplan überhaupt nicht hatte. Sie konnte ihn auch nicht haben, da man ja nicht wußte, wie der Gegner vorgehen würde, und welche Methoden er bei seinem Einbruch anwenden würde. Die Methoden der Abwehr ergaben sich von selbst, und aus der entschlossenen Abwehr heraus gab die Reichsregierung dieser Abwehr dann die Form, die Sanktionierung.

Es ist nachträglich viel darüber gestritten worden, ob dieser Abwehrkampf in der zweckmäßigsten Weise geführt worden sei, und ob der Form des passiven Widerstandes nicht noch eine Aktivierung hätte an die Seite gestellt werden müssen. Dieser Streit ist ja typisch für unsere deutsche Art, und typisch ist, daß dieser Streit leider in der bei uns üblichen Form, nämlich in Beschimpfungen, ausgeartet ist. Wer in jenen Tagen die Volkserhebung miterlebte, wer die geschlossene Abwehr sah, der wird daraus für alle Zeiten die Gewißheit genommen haben, daß in entscheidenden Stunden dieses Volk, das politisch so zerrissen ist, das heute fanatisiert ist bis zum letzten, dann einig ist und einig sein kann wenn wirklich die große Gefahr droht.

Der Abwehrkampf in der Form des passiven Widerstandes hat auf die Welt den stärksten Eindruck gemacht. Trotzdem die französische Propaganda all ihre Mittel spielen ließ, hat die Welt die gewaltlose Abwehr des Ruhrvolkes bewundert. Noch sehe ich die ersten französischen Truppen in Essen einmarschieren an jenem Mittag des 11. Januar. Kein Mensch war auf der Straße. Die Geschäfte waren geschlossen, die Fensterläden heruntergerollt. So ritten die französischen Reiter in die Stadt ein. Eine stumme, einmütige Abwehr machte sie unsicher. Die französischen Offiziere, die mit ihren Reitpeitschen große Siegerfiguren machen wollten, fühlten sich keineswegs wohl in ihrer Haut. Auf dem Rathausplatz in Essen hielt der französische Stab mit dem General Denuignes an der Spitze. Der damalige Reichsminister Luther — er war als Oberbürgermeister für diesen Tag nach Essen wieder zurückgekehrt — wollte seine Stadt an diesem Tage nicht allein lassen. Eine Aufforderung des Generals, unten zu erscheinen, wurde in der entsprechenden Form abgelehnt, so daß sich der General schon zum Oberbürgermeister hinauf bemühen mußte. Und so wurde die Einnahme von Essen nicht das große Heldenstück, das französische Chauvinisten erhofft hatten.

Am 16. Januar war die Einmarsch-Operation zum ersten Abschluß gekommen. Offiziell wurde von den Franzosen nur davon gesprochen, daß eine aus Ingenieuren bestehende Kontrollkommission ins Ruhrgebiet entsandt worden sei zur Beaufsichtigung der Tätigkeit des Kohlensyndikats. Der militärische Einmarsch war kein Kunststück. Waffengewalt gegen diesen Einmarsch anzuwenden, war unmöglich. Das hatte auch die Reichswehr mit aller Deutlichkeit erklärt. Aber nun begann der passive Widerstand sich auszuwirken und auszuweiten. Den Anfang machten die Eisenbahner, die nicht unter französischer Kontrolle arbeiten wollten. Massenhaft wurden Eisenbahnwagen und Lokomotiven ins unbesetzte Gebiet gebracht. Die großen Industrieverbände des Ruhrgebiets, das Kohlensyndikat eingeschlossen, hatten ihren Sitz aus dem besetzten Gebiet ins unbesetzte Gebiet noch rechtzeitig verlegen können. Der Versuch, die Arbeiter durch Versprechungen zu ködern, gelang nicht: der Gegner biß auf Granit. An den Straßenwänden klebten die Befehle der französischen Besatzungsarmee, unterzeichnet von General Degoutte. Aber daneben hatten in nächtlicher Stunde tapfere Männer den Aufruf der Arbeiter und Angestellten angebracht, in dem es hieß: „Trotz schwerer Zeiten und Stürme halten wir fest am Reich." Maschinisten und Heizer der Rheinschiffahrt legten die Arbeit nieder, ohne erst die Beschlüsse der Organisation abzuwarten. Beamte weigerten sich, den Befehlen der Besatzungsarmee nachzukommen, und der Präsident des Düsseldorfer Landesfinanzamtes, Dr. Schlutius, wurde als erster verhaftet. Verhaftungen in größtem Maßstabe folgten, und im Anschluß Ausweisungen von nahezu 100 000 Menschen.

Es ist nicht die Absicht, in diesen Zeiten alte Wunden aufzureißen. Die Zeiten Poincarés sind vorbei. Die französischen Imperialisten haben im Jahre 1923 ihre letzte große Chance, das Reich zu zerstören, verpaßt. Der Ruhrkampf mußte abgebrochen werden, nicht zuletzt unter dem furchtbaren Druck der Inflation. Heute liegt das alles hinter uns. Die Reparationsfrage ist im wesentlichen bereinigt. Die Wogen des Hasses zwischen zwei großen Völkern sind im Verebben. Die Ruhr ist frei, der Rhein ist wieder frei, und wenn man jetzt an die Zeit vor zehn Jahren zurückdenkt, so bleibt nur die traurige Erkenntnis: Wieviel früher wäre aus der Vernunft heraus die so dringend nötige Zusammenarbeit erfolgt, wenn nicht die Rheinlandbesetzung und der Ruhreinmarsch so große Hindernisse gebildet hätten! Dieser Ruhrkampf, zu dem wir gezwungen wurden, hat niemandem genützt. Uns ist unnennbares Leid zugefügt worden, und die Franzosen haben einsehen müssen, daß auf die Dauer mit Bajonetten keine Politik zu machen ist.

Druck schafft immer Gegendruck. Und das deutsche Volk wird sich stets in seiner Gesamtheit gegen jede Art von Unfreiheit zur Wehr setzen. Der unerschütterliche Freiheitswille des deutschen Volkes ist auch durch den Ruhrkampf als historisches Faktum erwiesen worden, mit dem jeder innerhalb oder außerhalb der deutschen Grenzen zu rechnen hat.

Gerekes Plan

Durchführungsbestimmungen zur Arbeitsbeschaffung.

Berlin, 8. Januar.

werden, wenn geeignete inländische Baustoffe nicht vorhanden sind.

Bei Ausführung der Arbeiten müssen in weitestem Umfange Arbeitslose eingestellt werden, vornehmlich sind langfristig Erwerbslose, vor allem Kinderreiche und Familienernährer zu berücksichtigen.

Die Arbeitnehmer sind bei den Arbeiten unter den Bedingungen des freien Arbeitsvertrages zu beschäftigen; die Arbeitszeit soll 40 Stunden wöchentlich nicht überschreiten. Ueber die Darlehnsbedingungen im einzelnen wird bestimmt, daß die Laufzeit eines Darlehns der voraussichtlichen Dauer der Arbeit angepaßt werden, jedoch 25 Jahre nicht überschreiten soll. Die Laufzeit beginnt für den Darlehnsnehmer am 1. Juli 1935. Ausnahmsweise kann der Ausschuß der Reichsregierung den Beginn der Laufzeit um ein weiteres Jahr hinausschieben. Die Zahlungen sind von dem Darlehnsnehmer in gleicher Halbjahresraten (Renten) nachträglich zu leisten. Bei einer Tilgungszeit von 20 Jahren sind 6 v H des ursprünglichen Darlehnsbetrages für das Jahr als Rente zu zahlen. Bei längerer oder kürzerer Tilgungszeit tritt eine entsprechende Verminderung oder Erhöhung der Rente ein. Die übrigen Lasten aus der Darlehnsgewährung trägt das Reich.

Für Anlagen, die Nutzungen in wirtschaftlich angemessener Höhe ermöglichen, hat der Darlehnsnehmer an Stelle der obengenannten Rente die vollen Zins- und Tilgungslasten zu tragen. Die Laufzeit des Darlehns beginnt in diesem Falle für den Darlehnsnehmer mit Fertigstellung der Anlage, spätestens am 1. April 1934.

Die Darlehnsanträge sind von den Trägern der Arbeit an den Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung zu richten, der die Anträge der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten oder der Deutschen Rentenbankkreditanstalt zuleitet. Sie entscheiden über die Zuteilung der Darlehen. Dem Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung steht gegen ablehnende Entscheidungen das Einspruchsrecht zu. Macht er hiervon Gebrauch, so kann er die Entscheidung des Ausschusses der Reichsregierung herbeiführen.

Die Meinung der Städte

Das Arbeitsbeschaffungsprojekt des Reichskommissars stützt sich im wesentlichen auf die direkte Erteilung öffentlicher Aufträge. Als Auftraggeber kommen, so sagen kommunalpolitische Kreise, vor allem die rund 52 000 kommunalen Gebilde in Betracht, die wir in Deutschland haben und von denen rund 50 000 kleinere Gemeinden, insbesondere Landgemeinden, darstellen.

Wenn man nun der Zahl von 52 000 die Summe von 500 Millionen gegenüberstelle, die für diese Arbeitsbeschaffungs-Aktion zurzeit zur Verfügung stände, dann ergebe sich daraus, daß der Bedarf der Kommunen an der Ausführung von Aufträgen mit der genannten Summe nicht gedeckt werden könne.

Die Beteiligung der Städte am Arbeitsbeschaffungsprogramm finde also ihre natürliche Grenze in dem Umfang der zur Verfügung stehenden Mittel.

Die Stellungnahme des Reichsstädtebundes besagt folgendes: „In den mittleren und kleineren Städten sind Möglichkeiten zur Durchführung dringend notwendiger und volkswirtschaftlich wertvoller Arbeiten ausreichend vorhanden. Diese Arbeiten mußten seit Jahren zurückgestellt werden, weil die Städte aus eigenen Mitteln sie nicht ausführen können. Andererseits sind aber die Finanzen der kleinen und Mittelstädte besonders durch die Wohlfahrtslasten so beansprucht, daß nur eine beschränkte Zahl von Städten in der Lage sein wird, von den jetzt gegebenen Möglichkeiten Gebrauch zu machen.

Im Einzelfall wird entscheidend sein, ob die Gemeinden imstande sind, die neuen Zins- und Tilgungslasten neben den bestehenden Lasten gleicher Art für die Zukunft zu übernehmen und sicherzustellen."

Preußischer Landtag am 17. Januar

Berlin, 7. Januar.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, will Präsident Kerrl den Preußischen Landtag für den 17. Januar einberufen. Die Tagesordnung hat der Präsident bisher noch nicht festgesetzt; doch kann mit Sicherheit angenommen werden, daß vor Klärung der Dinge im Reich auch im Preußenparlament wichtige politische Fragen nicht zur Debatte kommen. Danach dürfte der Landtag in seinem nächsten Sitzungsabschnitt insbesondere kaum die begonnene Kulturaussprache fortsetzen, weil bei den Schul- und Kirchenfragen politische Gegensätze sich stark zeigen könnten. Man wird sich deshalb zunächst nur mit der Erledigung der zahlreichen Ausschußanträge befassen.

Die Unterredung Schleicher—Braun

Die schon seit einigen Tagen angekündigte Besprechung des Reichskanzlers von Schleicher mit dem preußischen Ministerpräsidenten Braun hat gestern vormittag stattgefunden. Das Hauptthema der Erörterungen bildete die Frage der Behandlung des preußischen Etats vor dem Landtag.

Wenn auch von amtlicher Seite keine Mitteilung über diese Unterredung herausgegeben wird, so ist man in politischen Kreisen doch der Auffassung, daß diese Besprechung, der noch weitere folgen dürften, ganz in der Linie der Politik des Reichskanzlers gelegen hat, der um die Beilegung des Konflikts zwischen dem Reich und der alten preußischen Regierung bemüht ist.

Das Präsidium der Bremer Bürgerschaft

Bremen, 7. Januar.

Die Bürgerschaft hat den bisherigen sozialdemokratischen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819330110-11/fragment/page=0005